

# PORTUGAL

## Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Am 18. Mai 2025 fanden in Portugal vorgezogene Neuwahlen statt. Dies waren die dritten vorgezogenen Neuwahlen in nur drei Jahren.

Das konservative Listenbündnis Aliança Democrática (Demokratische Allianz, AD) konnte sein Ergebnis verbessern und ging als Wahlsieger hervor – obwohl es lediglich 31,21 Prozent der Stimmen und 88 der 230 Parlamentssitze erreichte. Damit reicht es für den konservativen Premierminister Luís Montenegro auch diesmal nicht zur Alleinregierung. Er wird als Regierungschef einer konservativen Minderheitsregierung zwar im Amt bleiben, ist aber weiterhin auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen. Die Partido Socialista (Sozialistische Partei, PS) erzielte nur 22,83 Prozent der Stimmen und landete mit 58 Parlamentssitzen überraschend hinter der rechtspopulistischen Chega! (dt.: Es reicht!), die zwar auf 22,76 Prozent der Stimmen kam, aber insgesamt mit 60 Abgeordneten zwei Parlamentssitze mehr als die PS gewann. PS-Parteichef und Spitzenkandidat Pedro Nuno Santos erklärte noch in der Wahlnacht seinen Rücktritt. Eine Große Koalition schließt der PS-Parteivorstand weiterhin aus. Dennoch signalisiert die Partei punktuelle Zusammenarbeit mit der konservativen Minderheitsregierung – vor allem, um den Einfluss der Rechtspopulist\_innen auf die Regierung zu begrenzen.

Zu den Wahlen kam es, nachdem der konservative Premierminister Luís Montenegro wenige Monate zuvor die Vertrauensfrage im Parlament verloren hatte. Es hatten sich die Vermutungen verdichtet, dass eine von ihm im Jahr 2021 gegründete Beratungsfirma, die sich weiterhin in Familienbesitz befindet, von der Position des Regierungschefs profitierte.

Die konservative Minderheitsregierung war gerade einmal elf Monate im Amt. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik setzte sie keine eigenen Akzente, sondern folgte im Wesent-

lichen der vorherigen Regierung unter dem sozialistischen Premier António Costa (2015–2022). Dazu gehörten die kontinuierliche Anhebung des Lohnniveaus, allen voran des gesetzlichen Mindestlohns von 820 € (2024) auf 870 € (2025), die Pflege der Sozialpartnerschaften und die Umsetzung der 2023 verabschiedeten Arbeitsmarktreform »Agenda für würdige Arbeit« (*Agenda de trabalho digno*), die u. a. die folgenden Maßnahmen festschreibt: die Erhöhung der Abfindungsleistungen im Falle von Kündigungen; die Begrenzung von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen auf vier Verlängerungen; die Vergütung von Berufspraktika; eine Erhöhung der Elternzeit auf 120 Tage; das Verbot von Outsourcing bei Massenentlassungen.

Ob dieser im Großen und Ganzen arbeitnehmer\_innenfreundliche Weg in der nun folgenden Legislaturperiode beibehalten wird, ist ungewiss, da die konservative Minderheitsregierung auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen ist und das rechte Lager insgesamt zulegte. Zwar bekräftigt Montenegro die Brandmauer nach Rechtsaußen, doch Teile der konservativen AD, darunter der Außenminister Paulo Rangel oder der Europaabgeordnete und ehemalige Spitzenkandidat für die Europawahlen Sebastião Bugalho, schließen punktuelle Kooperationen mit Chega nicht aus, die im Wahlkampf für einen schlankeren Staat geworben haben.

Eine liberale Sozialpolitik würde das Verhältnis zu den Gewerkschaftsdachverbänden CGTP (*Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses*, Allgemeiner Verband der portugiesischen Arbeiter\_innen) und UGT (*União Geral de Trabalhadores*, Allgemeine Arbeiter\_innenvereinigung) verschlechtern.

Während die Posten in der UGT paritätisch besetzt sind, dem Vorstand also sowohl Mitglieder der sozialistischen PS als auch der liberal-konservativen PSD (*Partido Social Democrata*, dt.: Sozialdemokratische Partei) angehören, erhöht die überwiegend kommunistische Führung in der CGTP stetig den Druck auf Sympathisant\_innen anderer linker Parteien. Zum Eklat kam es auf dem Gewerkschaftskongress im Februar 2024, als Mitglieder der PS-nahen Sozialistischen Strömung in der CGTP

(port.: *Corrente Sindical Socialista*, CSS; dt.: Sozialistische Gewerkschaftsströmung) unter Protest ihre Vorstandsmitgliedschaft abgaben.

Während sich die CGTP in ihrer Gesamtheit seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine anderen linken Parteien gegenüber immer mehr verschließt, bewegen sich die sozialistischen Mitglieder innerhalb der UGT auf die PS zu.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die konservative Minderheitsregierung profitiert(e) von der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorarbeit der sozialistischen Vorgängerregierung unter Premierminister António Costa (2015–2022).

Zwischen 2015 und 2025 wuchs Portugals Wirtschaft um durchschnittlich 2 Prozent (2024: 1,9 %); die Inflation lag weit unter dem EU-Durchschnitt und betrug im April 2025 lediglich 2,1 Prozent; die strukturelle Neuverschuldung liegt bereits jetzt wieder auf Vorpandemieniveau; die Staatsverschuldung gemessen am BIP liegt mit 94,9 Prozent unter Niveau Frankreichs (113 %) oder Spaniens (101,8 %); die Arbeitslosigkeit liegt seit 2015 stabil zwischen 6,0 und 7,0 Prozent (März 2025: 6,5 %); wenngleich die Jugendarbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen mit 21,6 Prozent (Januar 2025) zu den höchsten in Europa gehört.

Noch nie waren in Portugal so viele Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen – rund 5,2 Millionen der 10,3 Millionen Einwohner\_innen. Lediglich Anfang der 1990er-Jahre war Portugals Arbeitslosigkeit mit ca. 4,2 Prozent noch niedriger als heute.

Die Teilprivatisierung der staatlichen Gesundheitsvorsorge – so wie es Vertreter\_innen der konservativen AD im Wahlkampf forderten – würde die Portugies\_innen stark belasten. Bereits heute hat im Großraum Lissabon nur die Hälfte der Menschen Zugang zu einem Hausarzt im staatlichen Gesundheitssystem.

Trotz positiver Lohnentwicklung bleibt es für die überwiegende Mehrheit der Portugies\_innen eine Herausforderung, mit einem gefüllten Portemonnaie das Monatsende zu erreichen. Noch immer verdienen rund 21 Prozent der Menschen nicht mehr als den Mindestlohn von 870 € (Stand: September 2024). Insbesondere in den Großstädten Lissabon und Porto lässt der Tourismusboom die Lebenshaltungskosten enorm ansteigen – etwa 72 Prozent der Wohnungen in der Lissabonner Altstadt werden mittlerweile als Ferienunterkünfte genutzt. (Auch die Immobilienpreise steigen rasant: Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen in Lissabon liegt inzwischen bei rund 4 300 € – auf dem Niveau deutscher Großstädte wie Freiburg oder Nürnberg. Maßnahmen, die die liberal-konservative Regierung im Immobiliensektor in Angriff genommen hat, haben die Situation sogar noch verschärft: Nachdem die Regierung beispielsweise verkündete, Menschen unter 35 Jahren beim Hauskauf von der Grunderwerbssteuer zu befreien, stiegen die Immobilienpreise noch steiler an als im Jahr zuvor.

Vor diesem Hintergrund dominieren seit Jahren drei Themen unangefochten jeden Wahlkampf – auf kommunaler, regionaler wie nationaler Ebene: das Gesundheitswesen, der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und die Entwicklung der Löhne.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Trotz steigender Löhne leiden viele Arbeitnehmer\_innen in Portugal unter den Preisen, die viel rasanter ansteigen als die Gehälter. Krankenpfleger\_innen, Lehrer\_innen, Zugführer\_innen, Justizbeamten\_innen – sie alle befinden sich im Arbeitskampf.

Umso bedeutsamer waren daher die erfolgreichen Verhandlungen, die der Gewerkschaftsdachverband UGT im Wirtschafts- und Sozialrat CES (*Centro Económico e Social*; dt.: Wirtschafts- und Sozialzentrum) vorantrieb. Regierung, Vertreter\_innen der Arbeitgeber\_innen und Arbeitnehmer\_innen einigten sich auf sukzessive Verbesserungen für Arbeitnehmer\_innen in den kommenden drei Jahren. Dazu gehören: die Erhöhung des Mindestlohns, Maßnahmen zur Erhöhung des Durchschnittslohns, Steuerfreiheit für Überstunden, Steuererleichterungen für Berufsanfänger\_innen oder Steuerfreiheit für Lohnerhöhungen. Der größere von den Kommunist\_innen dominierte Gewerkschaftsdachverband CGTP stimmte der Vereinbarung wie bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht zu.

Die tripartistische »Vereinbarung über die Aufwertung der Gehälter und Wirtschaftswachstum« trat zu Beginn des Jahres 2025 in Kraft und gilt bis 2028. Sie stärkt im Wesentlichen Vereinbarungen, die die sozialistische Regierung bereits im Jahr 2022 in einem ähnlichen Abkommen mit den UGT-Mitgliedergewerkschaften und dem Unternehmer\_innenverband vereinbart hatte. War damals noch vorgesehen, den Mindestlohn bis 2026 auf 900 € zu erhöhen, soll der Mindestlohn nun bis 2028 auf 1 040 € steigen.

Sicherlich war der konservativen Minderheitsregierung im Herbst 2024 an einem arbeitnehmer\_innenfreundlichen Klima im Land gelegen. Schließlich stand nahezu zeitgleich die Verabschiedung des Staatshaushaltes an, bei der Premierminister Montenegro auch auf die Kooperation mit Parteien links der Mitte angewiesen war. Daher überrascht es kaum, dass er die Marschrichtung weiterging, die die PS aus den Jahren zuvor bereits vorgegeben hatte.

Da Montenegro auf die punktuelle Kooperation mit der PS angewiesen ist, wenn er wie versprochen die Brandmauer nach Rechtsaußen aufrechterhalten will, könnten sich die Sozialist\_innen auch in dieser Legislaturperiode als Stimme der Arbeitnehmer\_innen positionieren und die Kooperation mit den Gewerkschaften zur Grundvoraussetzung ihrer Zusammenarbeit mit Montenegro machen. Andernfalls könnte die gewerkschaftskritische Haltung des Premierministers dominieren, die sich bereits in der Woche vor den Parlamentswahlen am 18. Mai 2025 zeigte, als Umfragen dem konservativen Listenbündnis AD den klaren Sieg voraussagten. Als gleich mehrere Gewerkschaften der staatlichen Eisenbahn einen mehr-tägigen Streik ausriefen und somit den Nah- und Fernverkehr

im ganzen Land lahmlegten, stellte Montenegro in Aussicht, das Streikrecht überarbeiten zu wollen.

Bei den im Streik befindlichen Berufsständen sorgt der Frust über die unzureichenden Erfolge des Gewerkschaftsdachverbandes CGTP für Aggressionen. Die Konsequenz: Die Unzufriedenen gruppieren sich zu neuen Gewerkschaften, die wiederum ihre Unzufriedenheit noch radikaler artikulieren. Seit 2017 haben sich so 24 neue Gewerkschaften gegründet, von denen nur zwei Mitglied eines Dachverbands (der UGT) wurden.

Ein besonders markantes Beispiel bietet der Bildungssektor: Immer mehr Lehrer\_innen kehren der größten Branchengewerkschaft FENPROF (*Federação Nacional dos Professores*, Mitglied im CGTP) den Rücken zu. Stattdessen schließen sie sich der neu gegründeten Gewerkschaft STOP (*Sindicato de todos os Professores*; dt.: Gewerkschaft aller Lehrenden) an, die mittlerweile als ernsthafte Konkurrenz gilt. Während FENPROF darum bemüht war, die Streiks von Lehrer\_innen landesweit zu koordinieren und mitunter auch mit mehreren Tagen Vorlauf anzukündigen, riefen STOP-Mitglieder zu einem unbefristeten Streik auf und lehnten sämtliche Forderungen, die das Bildungsministerium anbot, vehement ab.

Die rechtsradikale Partei *Chega!* (CH, Es reicht!) drängt zunehmend in dieses Vakuum vor, indem sie sich z. B. unter die Streikenden mischt und sie gar mit Demonstrationsplakaten versorgt, um weiter in der Arbeitnehmer\_innenschaft Fuß zu fassen.

*Chega!* hatte zwar bereits im November 2022 angekündigt, eine neue Gewerkschaftsbewegung mit dem Namen *Solidaridade* (Solidarität) gründen zu wollen – konkrete Schritte blieben bislang jedoch aus. Derartige Entwicklungen – Gewerkschaftsneugründungen, Bedrohungslage von ganz rechts – machen die CGTP zunehmend nervös, woraufhin sie wiederum versucht, die eigenen Reihen zu schließen und konfrontativer aufzutreten. Die schwindende Kompromissbereitschaft wird für den mittel- und langfristigen Arbeitskampf allerdings zunehmend zum Problem.

Im direkten Vergleich zeigt sich der von der sozialistischen PS und den konservativen Sozialdemokraten PSD dominierte Dachverband UGT seit dem Amtsantritt des neuen Generalsekretärs Mário Mourão kompromissbereiter.

Zum Hintergrund: Im April 2022 wurde der derzeitige UGT-Generalsekretär Mário Mourão gewählt und löste damit den langjährigen Generalsekretär Carlos Silva ab (2013–2022). Während der/die Generalsekretär\_in der UGT traditionell der Sozialistischen Partei (PS) nahesteht, entstammt der/die Präsident\_in der liberalkonservativen PSD.

Im Gegensatz zu früheren Wahlen zeigte die Wahl Mourãos 2022 jedoch, welche tiefe Spaltung die PS-nahe Sozialistische Gewerkschaftstendenz (port.: *Tendência Sindical Socialista*, TSS) in der UGT durchzog. Der Grund: der innergewerkschaftliche Machtkampf im Bankensektor. Mourão, zugleich Generalsekretär der Gewerkschaft der Bankangestellten des Nor-

dens (*Sindicato dos Bancários do Norte*, SBN), hatte sich mit seiner Gewerkschaft aus dem geplanten Zusammenschluss der drei regionalen Bankangestelltengewerkschaften SBN und der Gewerkschaft der Bankangestellten des Zentrums (*Sindicato dos Bancários do Centro*, SBC) sowie der Gewerkschaft der Bankangestellten des Südens und der Inseln (*Sindicato dos Bancários do Sul e Ilhas*, SBSI) zurückgezogen. Die Folge: Die geplante Fusion scheiterte, die Kooperation zerbrach vollständig, und sowohl SBN als auch die 2018 in *MAIS Sindicato* (MAIS, dt.: Mehr Gewerkschaft) umbenannte SBSI weiteten ihren Tätigkeitsbereich landesweit aus – und stehen seither in direkter Konkurrenz.

Carlos Silva spielte eine zentrale Rolle in diesem Konflikt. Er setzte sich am 13. November 2021 auf dem Kongress der PS-Gruppe der UGT für Mário Mourão ein, der sich dann mit großen Mühen als Kandidat durchsetzen konnte und schließlich am 24. April 2022 auf dem UGT-Kongress zum Generalsekretär gewählt wurde.

Der Konflikt zwischen SBN und MAIS, den zwei größten Mitgliedsgewerkschaften der UGT, stellte ein ernsthaftes Problem für den Dachverband dar. Zwar hat sich die Situation inzwischen beruhigt, doch die innergewerkschaftlichen Spannungen sind keineswegs überwunden.

Mário Mourão gibt sich seither betont diplomatisch und um Ausgleich bemüht. Der neue UGT-Generalsekretär, traditionell zugleich Vorsitzender der PS-nahen Sozialistischen Gewerkschaftstendenz TSS, schlug schnell versöhnliche Töne gegenüber den Genoss\_innen in der Sozialistischen Gewerkschaftsströmung CSS innerhalb der CGTP an. Diese Annäherung der beiden Strömungen – CSS und TSS – sowie die wachsende Sichtbarkeit der sozialistischen Positionen innerhalb beider Dachverbände wird von der CGTP-Führung mit Argusaugen beobachtet.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN PORTUGAL – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Im Lauf der portugiesischen Nelkenrevolution (1974–75), die der jahrzehntelangen Diktatur des *Estado Novo* ein Ende setzte, errang die Kommunistische Partei Portugals (PCP) eine dominierende Position in der Gewerkschaftsbewegung. Im Zuge der extremen politischen Polarisierung zwischen revolutionären und reformorientierten Kräften in der Revolution spaltete sich die Gewerkschaftsbewegung in ein prokommunistisches Lager, das den Dachverband INTERSINDICAL (ab 1977 CGTP) fest im Griff hatte, und ein sozialliberales Lager, das 1978/79 den Dachverband UGT gründete. CGTP und UGT verfolgten diametral entgegengesetzte Ziele (Revolution versus Reform) und gänzlich unterschiedliche Strategien (radikalisierende Massenmobilisierung versus Moderation und Verhandlung). Im Unterschied zu Spanien, wo sich die Dachverbände UGT (*Unión General de Trabajadores*, dt.: Allgemeine Arbeiterunion) und CC.OO. (*Comisiones Obreras*, dt.: Arbeiterkommissionen) in der zweiten Hälfte der

1980er-Jahre annäherten, kam es in Portugal trotz punktueller Zusammenarbeit nie zu einer tiefgehenden Verbesserung der Beziehungen.

Die Gewerkschaften hatten dank der Revolution eine starke Machtposition und konnten vorteilhafte Tarifverträge in fast allen Bereichen der Ökonomie durchsetzen. Im Zuge der Modernisierung und Integration in den Europäischen Binnenmarkt und einer abnehmenden Verhandlungsmacht der Gewerkschaften konnten die Arbeitgeber\_innen aber schrittweise die Flexibilisierung der tariflichen und gesetzlichen Regeln erzwingen. Das 2003 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch der Regierung unter José Manuel Barroso (2003) stellte hier einen Durchbruch dar. Unter den Umständen von verringerter Verhandlungsmacht, abnehmender Regulierungskraft der Tarifverträge und starkem Mitgliederschwund sind die Gewerkschaften in steigendem Maße auf Unterstützung durch Regierung und Gesetzgeber angewiesen. Die nach wie vor tiefe politische Spaltung zwischen CGTP und UGT hat aber die dringend notwendige Kooperation in der Tarifpolitik und in den politischen Verhandlungen mit Regierung und Arbeitgebern bislang nur in Ausnahmefällen zugelassen.

Der anhaltende Mitgliederschwund und der damit einhergehende Verlust an Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften machen eine verstärkte Zusammenarbeit der Dachverbände dringend notwendig. Bei der UGT hat es einen Generationenwechsel an der Dachverbandsspitze und in einigen Mitgliedsgewerkschaften gegeben, der eine solche Kooperation begünstigt. Bei der CGTP hat es aber bedauerlicherweise eine gegenläufige Bewegung gegeben. Die Kommunistische Partei hat in den vergangenen 20 Jahren systematisch ihre Kontrolle über den Dachverband ausgebaut und unterbindet ein Zugehen auf die UGT.

**GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT**

Die meisten Mitgliedsgewerkschaften der CGTP gehen auf die lokalen und regionalen Berufsgewerkschaften aus der Diktatur des *Estado Novo* zurück und wurden nach der Revolution in regionale Industriegewerkschaften umgewandelt. Die wichtigsten Neugründungen erfolgten im öffentlichen Dienst, wo vor der Revolution keine Gewerkschaften erlaubt waren.

Die regionalen Industriegewerkschaften sind in nationalen Föderationen zusammengeschlossen. Die CGTP hat in den vergangenen Jahrzehnten eine umfassende Restrukturierung durchlaufen, die sich in der Verringerung der Zahl der Branchenföderationen von elf (1999) auf acht (2019) und der Zahl der Mitgliedsgewerkschaften von 170 (1996) auf 79 widerspiegelt. Die Branchenföderationen erfassen zu weiten Teilen den Privatsektor, im Öffentlichen Dienst sind darüber hinaus noch wichtige Berufsföderationen und -gewerkschaften tätig.

Die UGT hat 51 Mitgliedsgewerkschaften und sieben Föderationen. 22 der 51 Mitgliedsgewerkschaften sind Berufsgewerkschaften, und die Föderationen erfassen nur Teile der UGT-Mitgliedsgewerkschaften.

Neben den 130 Mitgliedsgewerkschaften von CGTP und UGT gibt es noch 233 beim Arbeitsministerium registrierte Gewerkschaften ohne Dachverbandszugehörigkeit. Die meisten dieser Organisationen sind sehr klein, viele haben nur einige Dutzend Mitglieder.

Ende der 1990er-Jahre hatten die Gewerkschaften von CGTP und UGT zusammen ca. 750 000 Mitglieder, heute haben alle existierenden Gewerkschaften (CGTP, UGT und andere) zusammen zwischen 500 000 und 600 000 Mitglieder.

Der gewerkschaftliche Gesamtorganisationsgrad liegt bei 19 Prozent. Im öffentlichen Dienst liegt er mit ca. 31 Prozent weit über dem Durchschnitt, im Privatsektor spürbar darunter (bei 16 %). Besonders hoch ist er in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes (z. B. in der Justizverwaltung und bei der Polizei mit über 60 %) und in staatlichen Unternehmen und ehemals staatlichen Unternehmen, wo auch Haustarifverträge bestehen. In Niederlassungen multinationaler Konzerne liegt der Organisationsgrad nicht so hoch und es gibt kaum Unternehmenstarifverträge.

Seit 2010 erhebt das Arbeitsministerium systematisch Daten zur Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Privatsektor, denen zufolge die Gewerkschaften im Zeitraum von 2010 bis 2018, also im Kontext von Krise und hoher Arbeitslosigkeit, ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren haben. Bereits zuvor hatte der Organisationsgrad in den überaus zahlreichen Klein- und Kleinstunternehmen bei einem Prozent (1–9 Beschäftig-

Tabelle 1

**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Portugal**

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses, CGTP (Allgemeiner Verband der Portugiesischen Arbeiter_innen)	Generalsekretär: Tiago Oliveira	Ca. 350 000	EGB
União Geral de Trabalhadores, UGT (Allgemeine Arbeiter_innenvereinigung)	Generalsekretär: Mário Mourão Stv. Generalsekretäre: Sérgio Monte, Catarina Tavares, Soraia Duarte, José Manuel Cordeiro	Ca. 120 000	IGB, EGB

Tabelle 2

**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Portugal**

<b>Branchenverband/Gewerkschaft</b>	<b>Dachverband</b>	<b>Vorsitz/ stv. Vorsitz</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>Internationale Mitgliedschaften</b>
Sindicato Nacional dos Trabalhadores da Administração Local e Regional, Empresas Públicas, Concessionárias e Afins, STAL (Gewerkschaft der Arbeiter_innen in der lokalen und regionalen Verwaltung, öffentlichen Unternehmen, Konzessionären und dergleichen)	CGTP	Vorsitz: Henrique Vilal-longa	44 000 (2015)	EPSU
FNSTFPS, Federação Nacional dos Sindicatos dos Trabalhadores em Funções Públicas e Sociais (Dachverband der Gewerkschaften der Beschäftigten im öffentlichen und sozialen Dienst)	CGTP	Vorsitz: Sebastião Santana	Ca. 30 000	Keine offizielle Mitgliedschaft, aber ein Vorstandsmitglied der FNSTFPS ist Mitglied im Sekretariat des WGB
Federação Intersindical das Indústrias Metalúrgicas, Químicas, Eléctricas, Farmacêutica, Celulose, Papel, Gráfica, Imprensa, Energia e Minas, FIEQUIMETAL, (Verband der Gewerkschaften der Metall-, Chemie-, Elektrizitäts-, Pharmazeutik-, Zellstoff-, Papier- und Grafikindustrie sowie Presse, Energie und Bergbau)	CGTP	Vorsitz: Rogério Silva	Ca. 30 000	IndustriAll Europe (nur Metall)
Federação dos Sindicatos dos Trabalhadores, Têxteis, Lanifícios, Vestuário, Calçado e Peles de Portugal, FESETE (Verband der Gewerkschaften in Textil, Wolle, Bekleidung, Schuh und Leder)	CGTP	Vorsitz: Isabel Tavares	Ca. 30 000	IndustriAll Europe
Federação Nacional dos Professores, FENPROF (Nationaler Verband der Lehrgewerkschaften)	CGTP	Vorsitz: Mário Nogueira	Ca. 25 000	ETUCE, EI
Sindicato dos Enfermeiros Portugueses SEP, (Gewerkschaft der portugiesischen Krankenpfleger_innen)	CGTP	Vorsitz: José Carlos Martins	16 000 (2015)	Kooperiert mit EPSU
Sindicato dos Trabalhadores dos Serviços de Portaria, Vigilância, Limpeza, Domésticas e Atividades Diversas, STAD (Gewerkschaft für Hausmeister, Sicherheitsdienste, Reinigung, Haushalt und sonstige Tätigkeiten)	CGTP	Vorsitz: Vivalda Silva	8 500 (2016)	UNI Global, UNI Europa
Mais – Sindicato do Sector Financeiro, Mais (Gewerkschaft der Bankangestellten in Portugal)	UGT	Vorsitz: António Fonseca	37 500 (2019)	UNI Global, UNI Europa
Sindicato dos Bancários do Norte, SBN (Gewerkschaft der Bankangestellten in Nordportugal)	UGT	Vorsitz: Mário Mourão	13 500 (2017)	UNI Global, UNI Europa
Sindicato dos Trabalhadores e Técnicos de Serviços, Comércio, Restauração e Turismo, SITESE (Gewerkschaft für Dienstleistungen, Handel, Gastronomie und Tourismus)	UGT	Vorsitz: Carla Testa	5 000	UNI Global, UNI Europa
Sindicato Nacional da Indústria e da Energia, SINDEL (Nationale Gewerkschaft Industrie und Energie)	UGT	Vorsitz: Rui Miranda	Ca. 9 000	IndustriAll, IndustriAll Europe, EPSU
Sindicato Democrático dos Trabalhadores das Comunicações e dos Media, SINDETELCO (Demokratische Gewerkschaft Kommunikation und Medien)	UGT	Vorsitz: José Arsénio	Ca. 9 000	UNI Global, UNI Europa
Federação Nacional dos Sindicatos da Educação, FNE (Verband der Erziehungsgewerkschaften)	UGT	Vorsitz: Pedro Barreiros	10 000	ETUCE, EI
Sindicato dos Trabalhadores da Administração Pública e de Entidades com Fins Públicos, SINTAP (Gewerkschaft der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung)	UGT	Vorsitz: José Abraão	Ca. 5 000	EPSU

te) bzw. 3 Prozent (10–49 Beschäftigte) gelegen, im Zuge der Krise sank er aber auch in den Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten von über 25 Prozent auf unter 20 Prozent.

Branchen mit überdurchschnittlichem Organisationsgrad sind Banken und Versicherungen und Energieversorgung (über 60 %), Transport und Logistik (ca. 45 %) und Wasserversorgung und Müllentsorgung (ca. 25 %). Die verarbeitenden Industrien, Hotels, Gaststätten und private Gesundheitsversorgung liegen nahe am allgemeinen Durchschnitt, der Handel und das Baugewerbe weit darunter.

### ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die portugiesische Verfassung garantiert die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften. Sie schützt die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit (Artikel 55) und die Rechte der Gewerkschaften gegenüber dem Staat und den Arbeitgebern (Recht auf Tarifverhandlungen) (Artikel 56), garantiert das Recht auf Streik (auch auf politischen Streik) und verbietet die Aussperrung (Artikel 57). Portugal hat alle wesentlichen ILO-Konventionen ratifiziert. Auch die Arbeitsgesetzgebung bietet im Prinzip gute Arbeitsmöglichkeiten für Gewerkschaften (Tarif- und Streikrecht) und Betriebsräte (Informations- und Konsultationsrechte), einschließlich der Regelung der Freistellung von Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern.

Im Jahr 2003 wurde von der konservativen Regierung unter Premier José Manuel Barroso das neue Arbeitsgesetzbuch verabschiedet, das die Gewerkschaften und Arbeitnehmer\_innen erheblich schwächte. Durch die Abschaffung des Prinzips der bevorzugten Behandlung der Arbeitnehmer\_innen (*Favor laboris*) wurde die Position der Beschäftigten gegenüber den Arbeitgebern geschwächt, und mit der Aufhebung des Verbots der einseitigen Kündigung von Tarifverträgen wurde die Verhandlungsposition der Gewerkschaften nachhaltig entkräftet.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Aushandlung von Tarifverträgen ist nach wie vor die Kernaufgabe der Gewerkschaften. Andere Aktivitäten wie etwa das Engagement einiger Organisationen in der beruflichen Bildung ändern nichts an dieser Priorität der Tarifpolitik, die den Hauptstrang der gewerkschaftlichen Arbeit darstellt. Angebote von Dienstleistungen wie z. B. vorteilhafter Krankenversicherungen können bei der Entscheidung, welcher Gewerkschaft jemand beitrifft, eine Rolle spielen, geben aber bei der Entscheidung, ob jemand einer Gewerkschaft beitrifft, nicht den Ausschlag.

Die tragende Säule des Tarifvertragswesens in Portugal sind die Flächentarifverträge. Die Rechtsregierung und die Troika machten zwischen 2011 und 2014 große Anstrengungen, die Flächentarifverträge zurückzudrängen und die Unternehmensebene in dem System zu stärken. Sie erreichten damit den zeitweisen Zusammenbruch der Verhandlungen in zahlreichen Branchen, aber keine Änderung der Grundstruktur. In den vergangenen Jahren hat es eine schrittweise Erholung des

Tarifwesens gegeben, 2018 erfassten die Branchentarifverträge 90 Prozent aller Beschäftigten.

Die Tarifbindung im Privatsektor lag 2010 und davor über 50 Prozent, sank in den Krisenjahren 2013 bis 2014 auf unter 15 Prozent und ist nach einer langsamen Erholung inzwischen auf über 40 Prozent angestiegen.

Im Zuge der langfristigen Schwächung ihrer Machtposition in der Arbeitswelt und auf politischer Ebene können die Gewerkschaften immer weniger Erfolge in den Kernbereichen ihrer Arbeit erzielen. Die Lohnabschlüsse, die nach wie vor der wichtigste Punkt in den Tarifverhandlungen sind, bleiben in fast allen Branchen weit unter der Summe von Inflation und Produktivitätszuwachs. Ein Indikator für die abnehmende Regulationskraft der Tarifverträge (und zugleich für die zunehmende Bedeutung der Politik) ist die Tatsache, dass knapp ein Viertel der Beschäftigten im Privatsektor den gesetzlichen Mindestlohn (2025: 870 € pro Monat) verdient.

Bei der Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen und des Arbeits- und Tarifrechts sieht es nicht wesentlich besser aus. Die Gewerkschaften konnten die negativen Eingriffe in die Arbeitsgesetzgebung durch die Rechtsregierungen (2002–2005 und 2011–2015) nicht abwehren und waren bei der Rückeroberung von Rechten in den Perioden linker Mehrheiten im Parlament (2005–2011 und 2015–2022) nur in sehr begrenztem Maß erfolgreich. Hier zeigt sich eine große politische Schwäche der Gewerkschaften, die im Wesentlichen von den Gewerkschaften selbst zu verantworten ist. Die Schuld für diese Lage liegt vor allem bei der Führung der CGTP, die aufgrund ihres stark konfrontativen Auftretens gegenüber allen anderen Akteuren (UGT, Arbeitgeber und Regierung) nicht bündnisfähig ist. In dem seit 1984 institutionalisierten »Sozialdialog« auf Dachverbandsebene könnten die Gewerkschaften erheblichen Einfluss auf die Gestaltung von Sozialstaat, Arbeits- und Sozialgesetzgebung nehmen, wenn sie zusammenarbeiten und ein Mindestmaß an Kompromissfähigkeit mitbringen würden. Eine solche Phase gab es schon einmal, und zwar zu Zeiten der Sozialistischen Regierung unter Premierminister António Guterres (1995–2002), als die CGTP drei tripartistische Abkommen unterzeichnete.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes verliert an Mitgliedern, Einfluss und Ansehen. In einer 2018 durchgeführten Umfrage über das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen teilen sich Gewerkschaften und Kirchen den letzten Platz. Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik hat abgenommen, aber die parteipolitische Prägung der Gewerkschaftsbewegung ist nach wie vor stark, sowohl in der von der Kommunistischen Partei dominierten CGTP als auch in der UGT, die von einer Großen Koalition aus Sozialisten und Sozialliberalen geführt wird.

Angesichts der oben beschriebenen Problemlage ist die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung an die Gewerkschaftsdachverbände UGT und CGTP, ihr Verhältnis kooperativer zu gestalten und sich daranzumachen, in der Tarif-

politik und in den tripartistischen Verhandlungen wieder in die Offensive zu kommen. Dafür wäre ein Strategiewechsel nötig, an erster Stelle bei der CGTP, deren konfrontativer Kurs das größte Hindernis für eine Zusammenarbeit darstellt.

Die UGT und ihre Mitgliedsgewerkschaften sind seit Beginn ihrer Existenz in die europäische und internationale Gewerkschaftsbewegung integriert, und sowohl der Dachverband als auch die wichtigsten Einzelgewerkschaften sind Mitglieder im EGB und IGB und in den jeweiligen Branchenförderationen.

Ganz anders ist die Lage bei der CGTP, die zwar dem EGB angehört, aber nicht dem IGB. Nur ein Teil der Branchenorganisationen der CGTP hat sich den entsprechenden EGB-Verbänden angeschlossen. Die sozialistische Minderheitsströmung in der CGTP hatte nach der Gründung des IGB eine Kampagne für den Beitritt durchgeführt, war damit aber an dem Widerstand der dominierenden kommunistischen Strömung gescheitert.

**Fabian Schmiedel**, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Portugal

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union  
und Nordamerika (EUN)  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN  
[FES-EUN@fes.de](mailto:FES-EUN@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.